

ANTRAG

der ÖAAB&FCG-Fraktion an die 7. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Salzburg

Thema

Studierendenwohnheimförderung in Salzburg

Salzburgs Universitäten bieten eine breite Palette an Studienmöglichkeiten. Studierenden, die sich für eine Ausbildung in Salzburg entscheiden, ist es ein besonderes Anliegen, dass sie möglichst gute Rahmenbedingungen vorfinden und dazu gehört auch eine entsprechende Wohnmöglichkeit. Viele Studierende schätzen die Vorzüge eines Zimmers in einem Studierendenwohnheim. Daher sind sie auch entsprechend stark umkämpft. Leider gibt es auch negative Beispiele von Studierendenwohnheimbetreibern, die die Lage der ausnützen und für Zimmer teils hohe Preise verlangen. Zuletzt wurde wieder negativ über einen Studierendenwohnheimbetreiber in der Gaswerksgasse der Stadt Salzburg berichtet. Wie ein Blick auf dessen Homepage bestätigt, wird bspw. für ein „EZ Strasse klein“ mit einer Größe von ca. 16 m² ein Gesamtentgelt ab EUR 564 (Entgelt Netto: ab EUR 385, BK: ab EUR 117, USt: ab EUR 62) verlangt.

Im Zusammenhang mit der Berichterstattung zu diesem Fall eines Studierendenwohnheims in der Stadt Salzburg hat sich herausgestellt, dass dieses Projekt sogar mit Wohnbauförderungsmitteln des Landes Salzburg gefördert wurde. Seitens der ressortzuständigen Landesrätin wurde wiederholt betont, dass das Land Salzburg zwar eine Rückforderung der ausbezahlten Fördermittel prüft, es ansonsten derzeit jedoch keine rechtliche Handhabe gibt, dass dem Studierendenwohnheimbetreiber im Rahmen der Wohnbauförderung vorgeschrieben wird, dass dieser seine Zimmer zu sozial verträglichen Preisen an Studierende anbieten muss. Ein Umstand, der geändert gehört.

Aus diesem Grund stellt die ÖAAB&FCG Fraktion in der Salzburger Arbeiterkammer den

ANTRAG

die 7. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Salzburg fordert daher die Salzburger Landesregierung auf, im Rahmen der Wohnbauförderung sicherzustellen, dass Studierendenwohnheimbetreiber ihre Zimmer Studierenden jedenfalls zu sozial verträglichen Preisen anbieten müssen, wenn diese für ihr Projekt Wohnbauförderungsmittel des Landes Salzburg erhalten.

Für die ÖAAB&FCG-Fraktion
FO DI (FH) Johann Grünwald
Salzburg, am 09.05.2022